

Pressemitteilung

Magdeburg 18.09.2020: "Solidarität mit den Betroffenen- keine Bühne dem Täter" Mahnwache am 22. und 23.09.2020 zum rechten Anschlag in Halle ab 8:00 Uhr vor dem Landgericht Magdeburg

Am 14. und 15. Verhandlungstag in der 39. Kalenderwoche kommen weitere Überlebende des rechtsterroristischen Anschlags in Halle im Landgericht Magdeburg zu Wort. Bei dem Anschlag wurden Jana L. und Kevin S. ermordet, zudem versuchte der Attentäter 69 weitere Menschen zu töten. An den beiden Verhandlungstagen sollen weitere Zeug:innen aus dem Kiez-Döner sowie auch Betroffene der Flucht des Attentäters gehört werden.

Auf der Flucht versuchte der Täter etwa einen migrantisch gelesenen Mann aus rassistischen Motiven mit seinem Auto zu überfahren. Auf seiner Flucht versuchte er zudem in Wiedersdorf bei Landsberg zunächst ein Auto zu rauben, wobei er zwei weitere Menschen verletzte.

Anschließend raubte er unter vorgehaltener Waffe ein anderes Fahrzeug. Während der Zeug:innenaussagen werden die Überlebenden also im Zeug:innenstand in einer Konstellation mit dem Attentäter konfrontiert, in der er den Betroffenen auch Fragen stellen kann. Bereits an einem früheren Verhandlungstag versuchten extrem rechte Akteur:innen den Gerichtssaal als Bühne zu nutzen. So saßen am 25.8.2020, dem 6. Prozesstag, kurzzeitig Personen aus dem Umfeld der rechtsterroristischen "Gruppe Freital" in der ersten Reihe der Zuschauer:innenplätze. Bereits der NSU-Prozess zeigte, dass rechte Akteur:innen auf diese Weise den Angeklagten unterstützen, aber auch versuchen Nebenkläger:innen und andere Menschen einzuschüchtern. "Durch den solidarischen Besuch der Verhandlung kann den Zeug:innen gezeigt werden, dass eine kritische Öffentlichkeit sich auch weiterhin für eine Aufarbeitung des Anschlages vom 9. Oktober 2019 interessiert und sie im Gerichtssaal nicht allein sind.", sagt Yasmina Hamid, Pressesprecher:in der *Initiative Solidarität mit den Betroffenen - keine Bühne dem Täter!*. "Die Hinterbliebenen der Ermordeten und den Überlebenden dürfen nicht wie im NSU-Prozess durch das Gericht und die Berichterstattung in den Hintergrund gerückt und unsichtbar gemacht werden." Das Bündnis der Auftaktveranstaltung *Solidarität mit den Betroffenen - keine Bühne dem Täter* organisiert mit solidarischen Gruppen aus der Bundesrepublik an jedem Prozesstag eine Mahnwache vor dem Landgericht, die zeitgleich zur Verhandlung im Gericht stattfindet.

Deshalb rufen die Organisator:innen der Mahnwachen in der kommenden Woche weiterhin dazu auf, den Prozess und die Kundgebung zu besuchen und die Überlebenden zu unterstützen. Pressekontakt:

Bei Anfragen wenden Sie sich bitte an den Pressekontakt

Yasmina Hamid: 01573142 3264 oder unter der Mailadresse: antiramd@riseup.net.